

Hardcopy

Als Hardcopy bezeichnet man die Kopie auf Papier (→ *analoge Nutzung*).

Inhaltsverzeichnisse

An Inhaltsverzeichnissen besteht meist kein Urheberrechtsschutz, da es ihnen an der Gestaltungshöhe fehlt. Bei wissenschaftlichen Arbeiten jedoch, deren Inhaltsverzeichnisse eine sehr detaillierte Gliederung und Systematisierung eines Themas abbilden, kann die Gestaltungshöhe erreicht werden, so dass diese durch das Urheberrecht Schutz genießen. Somit ist im Einzelfall zu prüfen, ob ein Inhaltsverzeichnis durch das Urheberrecht geschützt ist und mit oder ohne Zustimmung in einen Katalog zur Anreicherung übernommen werden kann. Weltweit reichern zahlreiche wissenschaftliche Bibliotheken ihren Katalog (OPAC) mit Inhaltsverzeichnissen an, um dem Nutzer eine bessere und gezielte Auswahl an Literaturquellen zu ermöglichen. Die Verlage haben dagegen i.d.R. keine Bedenken, da es auch ihre Produkte besser über Bibliothekskataloge vermittelt. So haben der Deutsche Bibliotheksverband e.V. und der Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V. für die deutschen Verlagsprodukte eine generelle Zustimmung zur Anreicherung der Bibliothekskataloge am 7. Dezember 2005 zu Protokoll gegeben.

Interne Nutzung

Die Privilegien aus den § 53 Abs. 2 Nr. 1 (wissenschaftlicher Gebrauch) und § 53 Abs. 2 Nr. 2 (Archivgebrauch) stellen auf den Eingang der Kopie in ein eigenes Archiv ab, was die Nutzung durch die Öffentlichkeit regelmäßig ausschließt – so auch der BGH in Sachen CB-Infobank I (GRUR 1997, S. 459, 461). Es muss sich also um ein persönliches, betriebsinternes oder bibliotheksinternes Archiv handeln, das sich auch gelegentlich Außenstehenden öffnen kann, dies aber im Grundsatz ausschließt (vg. *Fromm/Nordemann*, Urheberrecht, § 53 Abs. 2 Nr. 2 Rdnr. 7). Ob es sich um ein persönliches, betriebs- oder bibliotheksinternes Archiv handeln kann, ergibt sich aus dem zugrunde liegenden Gebrauch. Ein Wissenschaftler, der allein an einem

Thema arbeitet, wird stets ein persönliches Archiv aufstellen. Ein Kreis von Wissenschaftlern, der gemeinsam an einem Forschungsprojekt arbeitet, kann als dieser Kreis ein Archiv führen, die Bibliothek, die zur Archivierung berufen ist, wird entweder ein betriebsinternes oder bibliotheksinternes Archiv herstellen können. Für die Zulässigkeit der Vervielfältigung ist entscheidend, dass das Archiv nicht regelmäßig Außenstehenden zugänglich ist und aus dem Archiv keine Ausleihe außer Haus vorgenommen wird, was eine dienstliche, d.h. innerbetriebliche Leihe nicht ausschließt.

S.a. → *Archivkopie*, → *Sicherheitsverfilmung*

Internet

ist der weltweite Verbund von Computernetzwerken. Er arbeitet auf den Kommunikationsprotokollen TCP/IP. Das Einstellen von urheberrechtlich geschützten Werken in das Internet zum Abruf ohne technische Beschränkung auf eine empfangsberechtigte Person ist immer eine → *öffentliche Zugänglichmachung*, die grundsätzlich dem Urheber vorbehalten ist (§ 19a).

Intranet

ist ein internes Computernetz, welches in Unternehmen eingesetzt wird. Es arbeitet auf den gleichen Internet-Protokollen TCP/IP und ist meist über eine Firewall mit dem Internet verbunden. Aus dem Intranet kann zwar auf das Internet zugegriffen werden, nicht aber umgekehrt. Das Intranet ist somit ein Instrument, um Dokumente und Werke nur Mitarbeitern oder einem bestimmten Kreis von Personen zur Verfügung zu stellen.

S. a. → *elektronischer Pressespiegel*

Klappentexte

Klappentexte – meist auf der Innenseite eines Buchumschlages oder Rückseite des Buches – weisen kurze Beschreibungen des Inhalts auf. Diese unterliegen in der Regel dem Urheberrechtsschutz, sodass sie auch nicht ohne Zustimmung des Urhebers bzw. Rechteinhabers (meist Verlag) vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen. Der Deut-

sche Bibliotheksverband e.V. hat mit Vertretern des Börsenvereins für den Deutschen Buchhandel e.V. am 7. Dezember 2005 eine protokollarische Absprache getroffen, nach der keine Bedenken von Seiten des Börsenvereins bestehen, dass Klappentexte aus der deutschen Verlagsproduktion zur Anreicherung des Bibliothekskatalogs ohne ausdrückliche Zustimmung verwandt werden dürfen. Eine schriftliche Vereinbarung ist noch in 2006 geplant, die auch die Nutzung von Inhaltsverzeichnissen zum Gegenstand hat.

Kleine Teile

ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Er ist in mehreren Normen des Schranken catalogs enthalten und wird in der Rechtsliteratur nicht einheitlich definiert. In den Kommentaren wird unter einem kleinen Teil ein Umfang von 10% bis maximal 20% des Gesamtwerkes beschrieben (vgl. *Dreier/Schulze*, Urheberrechtsgesetz, § 53 Rdnr. 33; *Fromm/Nordemann*, Urheberrecht, § 53 Rdnr. 9 und OLG Karlsruhe, GRUR 1987, 818, 820 – Referendarkurs). Weitere Definitionen ergeben sich aus dem im Entwurf vorliegenden Gesamtvertrag zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche nach § 52a, in dem als kleiner Teil 15% einer Monographie und max. 5 Minuten eines Musik- und Filmwerkes bezeichnet werden. In dem Lizenzvertrag zwischen dem Subito e.V. und Verlagen über die Lieferung von Kopien in das Ausland (Juni 2006) werden 10% als kleine Teile bezeichnet. Nach der Würdigung aller Kommentare und der Rechtsprechung kann als goldene Formel ein Teil als klein bezeichnet werden, wenn er nicht mehr als 15% des Gesamtwerkes ausmacht.

Kopienversand aus E-Journals

S. → *Zeitungen und Zeitschriften*

Kopiervergütung

Das Kopieren in Hochschulen und öffentlichen Bibliotheken des Bundes und der Länder sowie kommunaler und kirchlicher Träger auf der Grundlage des § 53 wird gemäß den §§ 54, 54a mit einer → *Betreiberabgabe* vergütet. Die Ausgestaltung findet

die Kopiervergütung in einem Rahmenvertrag über die Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche, den die → *Verwertungsgesellschaften* mit dem Bund und den Ländern abgeschlossen haben. Danach wurde das Kopieraufkommen mittels Kopiergeräten, die die Hochschulen und Bibliotheken selbst betreiben, durch repräsentative Erhebung 1986 ermittelt und mit 0,0103 € je Kopie (A 4) seitdem pauschaliert vergütet. Für die Hochschulen der neuen Bundesländer besteht seit 1990 die Pflicht zur Vergütung, die erst im Jahr 2006 durch Erweiterung des bestehenden Rahmenvertrages realisiert wird. Für die Verhandlung des Rahmenvertrages mit den berufenen Verwertungsgesellschaften ist die Kommission Bibliothekstantieme der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) zuständig. In Bibliotheken und Hochschulen werden die Kopierleistungen in der Regel durch einen externen Dienstleister angeboten, sodass eine Neuverhandlung des Rahmenvertrages zur Kopierabgabe dringend geboten ist. Dabei ist das zwangsläufig rückläufige Kopieraufkommen an hochschul- oder bibliothekseigenen Kopiergeräten mit dem ggf. neu unter Vergütungspflicht stehenden digitalen Vervielfältigungsgeräten bzw. -aufkommen gegen zurechnen.

S.a. → *Betreiberabgabe*

Kopieren

ist das umgangssprachliche Wort für den juristischen Begriff Vervielfältigen. In einigen Literaturquellen und kulturpolitischen Stellungnahmen wird der Begriff Kopierrecht im Zusammenhang mit dem Ausnahmetatbestand des § 53 als Kopierrecht zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch zur Abgrenzung vom Vervielfältigungsrecht mit Zustimmungserfordernis verwandt. Dies sind reine sprachliche Verfahren, ohne juristische Relevanz.

S.a. → *Archivkopie*, → *Vervielfältigung*, → *Sicherheitsverfilmung*, → *Zeitungen und Zeitschriften*

Kopienversand

Der Versand einer Kopie direkt an den Besteller ist gestattet, wenn der Besteller sich auf einen Gebrauch aus § 53 berufen kann (BGH-Urteil in Sachen Kopienversand – Börsenverein ge-

gen die Technische Informationsbibliothek Hannover vom 25.02.1999, Az.: I ZR 118/96, S. 35). Der Gesetzgeber hat diese Gesetzeslücke noch nicht geschlossen. Im sog. → *Zweiten Korb* zur Änderung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft wurde nunmehr ein Normenvorschlag (§ 53a RegE) eingefügt. Seit der Gesetzesnovelle im Jahr 2003 wurde aber immerhin in der Begründung zu § 53 Abs. 1 ausdrücklich auf die Gesetzmäßigkeit des Kopienversands hingewiesen.

Da der Versand von Kopien unmittelbar an § 53 anknüpft, sind auch bei der Nutzung der Kopie durch den Besteller die Voraussetzungen des § 53 anzuwenden. Soweit der Besteller sich auf privaten und wissenschaftlichen Gebrauch beruft, darf die Kopie elektronisch hergestellt, übermittelt und vom Besteller elektronisch genutzt werden. Beruft sich der Besteller hingegen auf sonstigen eigenen Gebrauch (§ 53 Abs. 2 Nr. 4 a), so darf die Nutzung der elektronisch übermittelten Kopie nur ausschließlich analog stattfinden. Danach sind nur elektronische Übermittlungen gestattet, die als Bilddatei (PDF, PDA: Faksimile) eine weitere elektronische Nutzung ausschließen. Das (Teil-) Urteil des LG München vom 15.12.2005 in Sachen Subito ./.. Börsenverein und Stichting STM (Az 7 O 11479/04) definiert in seiner Entscheidung das Faksimile als ein dem analogen Verfahren vergleichbares, das nur eine ausschließlich analoge Nutzung zulässt. Der Besteller ist auf die Rechtslage hinzuweisen. Er muss nach Erhalt der Kopie diese ausdrucken und die elektronisch übermittelte Kopie löschen. § 53a RegE sieht einen Versand an den Besteller mittels Zusendung per Post und Fax uneingeschränkt vor, den elektronischen Versand hingegen nur als Faksimile und nur dann, wenn der Verlag nicht selbst pay per view (Abruf von einzelnen Beiträgen aus dem Internet vom Verlags-server) anbietet.

Nach dem BGH-Urteil in Sachen Kopienversand haben die Verwertungsgesellschaften mit dem Bund und den Ländern einen Gesamtvertrag zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche für den Kopierendirektversand durch der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtungen für den Zeitraum 2001 bis 2003 unter Einschluss aller Lieferformen geschlossen (Anhang D.). Einer Fortgeltung des bestehenden Gesamtvertrages über den 1.1.2003 hinaus hat die VG Wort nur unter Maßgabe, dass die elektronische Lieferform und die Lieferung ins Ausland ausge-

nommen werden, zugestimmt. Die Kultusministerkonferenz hat, vertretend für den Bund und die Länder, der Neufassung zugestimmt und zugleich die Schiedsstelle für Urheberrechtsstreitsachen beim Deutschen Patent- und Markenamt angerufen. Eine Entscheidung steht noch aus, wobei in den Verhandlungen bereits zu erkennen war, dass die Schiedsstelle die Rechtsauffassung des LG München (Teil-Urteil vom 15.12.2005 in Sachen subito / Börsenverein und Stichting STM) teilt, wenn es um die Bewertung der analogen Nutzung durch Versand von Faksimile geht. Gegenwärtig ist im Rechtsstreit zwischen dem Börsenverein u.a. Verlagen gegen Subito e.V. und der UB Augsburg das Berufungsgericht angerufen. Die Behandlung der strittigen Lieferung von Kopien ins Ausland ist von der 1. Instanz (LG München) als ruhend erklärt worden.

Der Subito e.V. hat mit einigen international agierenden Verlagen einen Rahmen-Lizenzvertrag über die Lieferung von Kopien ins Ausland sowohl im Rahmen des Kopierendirektversands als auch im Library Service, vorerst befristet auf zwei Jahre, geschlossen (erste Vertragsunterzeichnung fand am 12.07.06 statt). Dieser Vertrag bedarf des Beitritts von Verlagen und Lieferbibliotheken. Zum Zeitpunkt der Manuskriptabgabe sind dem Vertrag bereits 22 zum Teil international führende wissenschaftliche Verlage beigetreten (Oldenbourg, Klostermann, de Gruyter, Sellier, Akademie Verlag, Wiley, American Institute of Physics, Blackwell, Elsevier, American Chemical Society, Institute of Physics Publishing). Der Vertrag enthält eine Verschwiegenheitsklausel, sodass über den Inhalt an dieser Stelle keine Erläuterungen möglich sind.

Zusammenfassend ist nach geltender Rechtslage der Versand von Kopien unter folgenden Voraussetzungen gestattet:

1. Der Besteller muss sich auf einen Gebrauch nach § 53 berufen können.
2. Die Kopie darf dem Besteller in jeglicher Lieferform (Post, Fax) und auch elektronisch, soweit als Kopie ein Faksimile in Versand kommt, direkt zugesandt werden.
3. Die Lieferung von Kopien in das Ausland ist gerichtlich nicht geklärt, jedoch durch Beitritt zum Rahmen-Lizenzvertrag, der zwischen Subito und dem Börsenverein und den STM Verlagen verhandelt wurde, möglich.